

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1288.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Seitungspreis einschließlich Dringertlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 35,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schreibleitung: Bettnerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettnerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5spaltige Nonpareilzeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3spaltige Nonpareilzeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabengemäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 8

Dresden, Dienstag den 10. Januar 1922

33. Jahrg.

## Der Vertrag von Lana

Ähnlich wie der Dreißigjährige, ließ der Weltkrieg in Mitteleuropa ein Gemengelager zertrümmerter Staatseinheiten zurück. Wir haben heute zwischen dem früheren Mitteleuropa und dem ehemaligen östlichen Zentralstaat eine ununterbrochene Kette von kleineren und kleinsten Staatgebilden, die für das wirtschaftliche Leben der Zukunft unbedeutend und gefährlich werden kann. Abgesehen davon, daß die kleineren Staaten nur zu leicht Angriffsziel der Großstaaten werden, können sie durch ihre Zoll- und Wirtschaftspolitik dem Verkehr zwischen Mitteleuropa und dem Osten hemmend in die Bahn treten. Je mehr Staaten, desto mehr Reibungsflächen. Deshalb ist jede Entwicklung begrüßenswert, die einer auf sich und gegeneinander gestellten Kleinstaatenspolitik entgegenarbeitet. Unser moderne Wirtschaftstraktat es nicht mehr, in kleinen Einheiten und voneinander unabhängigen Größen zu rechnen, wie auch der rein militärische Imperialismus die zertrümmerte Erde einer überwindlichen Epoche ist. Das verkannt zu haben, ist vielleicht der Kern der russisch-kommunistischen Tragödie, wie es die Tragödie Frankreichs zu werden droht.

Abgesehen von Polen, dessen enge Abhängigkeit von Frankreich seinen Segen für die junge Republik bedeutet, haben die östlichen Nachbarstaaten die Zeichen der Zeit sehr wohl verstanden. So entstand sehr bald nach Abwicklung des Weltkrieges ein politisch-wirtschaftliches Bündnis zwischen Jugoslawien, Rumänien und der Tschecho-Slowakei, die sogenannte Kleine Entente. Wenn dieser Bund auch gewisse Abhängigkeiten von der Großen Entente und vor allem von Frankreich zeigt, so ist er doch stark genug, um wie bei dem zweiten Unternehmen des österreichisch-ungarischen Kaisers eine sehr einflussreiche, selbständige Rolle zu spielen. Weiter im Osten stehen die baltischen Staaten in ständiger Fühlung miteinander, um ihr wirtschaftliches und politisches Leben möglichst fest aufeinander einzustellen. Polen, dessen von einem nicht recht begrifflichen Ausdehnungsdrang geleitete Politik mehr beunruhigte als anzog, fand lange Verzicht, bis schließlich ein sehr enge Verbindungen aufstrebender Vertrag mit der Tschecho-Slowakei zustande kam, der in Polen nicht restlose Befriedigung auslöste.

Damit waren in der zwischenstaatlichen Gliederung der Mitteleuropa östlich vorgelagerter Nachbarstaaten zwei wichtige Sammelbeden geschaffen. Nur Österreich und Ungarn blieben vorläufig in einer Isolation, die für Österreich auf die Dauer unhaltbar war. In Österreich fand zunächst der Anschlußgedanke an Deutschland einen äußerst starken Widerhall. Da Österreich aber finanziell vollkommen abhängig von der Entente ist, und diese eine Vereinigung mit dem Deutschen Reich vorerst als nicht spruchreif ablehnt, war Österreich genötigt, seine Anlehnung an einen andern Staat zu suchen. Angesichts der Erinnerungen an die Zeit der Donaumonarchie und angesichts der Sprachenfrage in der Tschecho-Slowakei herrschte zwischen Österreich und seinem nordöstlichen Nachbarn ursprünglich ein nicht gerade sehr herzliches Einvernehmen. Allein der Streit mit Ungarn und die stete Bedrohung durch das Haus Habsburg ergaben Gemeinsamkeiten von grundlegender Bedeutung, und so kam es im Dezember vorigen Jahres, da auch wichtige wirtschaftliche Interessen Österreichs nach der Tschecho-Slowakei hinweisen, in Lana zu einem Vertrag mit den Nachbarn, der im wesentlichen beiden Teilen ihre republikanische Verfassung und ihren Besitzstand garantiert sowie wirtschaftliche Abmachungen und die Beilegung von Streitigkeiten auf dem Wege internationaler Schlichtungsgerichte vorsieht. Es wäre zu wünschen, daß diesem politischen Einvernehmen recht bald ein wirtschaftliches Liebesverkommen aus breiter Basis folgte, da infolge der Balkanfrage dem österreichischen Volkskörper die tschecho-slowakische Nachbarschaft vorläufig teuer zu stehen kommt.

Es scheint allerdings der deutschösterreichischen Regierung recht schwer werden zu sollen, den Vertrag mit der Tschecho-Slowakei durchzuführen. Die gegenseitige Verpflichtung der beiden Staaten, einander ihr Gebiet zu garantieren und Bestrebungen gegen den andern Vertragspartei auf dem eigenen Gebiet nicht zu dulden, bedeutet für Deutschösterreich den (freilich schon in St. Germain abgezwungenen) abermaligen Verzicht auf die zur Tschecho-Slowakei geschlagenen deutschen, ja sogar niederösterreichischen Gebiete, und man versteht, daß die Partei der Großdeutschen den Vertrag aufs äußerste bekämpft. Aus Wien wird gebracht:

In einer außerordentlich hart besetzten Kroschauer Sitzung erklärte auch der Parteivorstand die politischen Bestimmungen des Vertrages von Lana für unannehmbar. Bei dieser Fassung der Partei ist mit dem Rücktritt ihres Vertreters in der Bundesregierung zu rechnen.

Geschieht dies, so wird die Erneuerung der früheren sozial-sozialdemokratischen Koalition wieder aktuell werden. Die großen Parteien müssen dem Vertrag, der sie selbst vollkommen überrascht hat, wohl zustimmen, weil man Deutschösterreich wirtschaftlich in vollkommene Abhängigkeit von der Tschecho-Slowakei gebracht hat.

Die deutschen Sozialdemokraten in der Tschecho-Slowakei sind entschlossen, gegen den Vertrag zu stimmen.

## 700 Millionen Goldmark

Die deutsche Delegation wurde aufgefordert, sich heute von Paris nach Cannes zu begeben.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen in Cannes steht zur Zeit der Versuch, ein Bündnis oder, wie die Franzosen es nennen, „Pacte de Garantie“ zu erzielen. Aber während die Franzosen nur ein Bündnis mit England im Auge haben, gehen die Ziele Lloyd Georges bedeutend weiter auf eine allgemeine Vereinbarung unter den europäischen Mächten, welche die Aufrechterhaltung des Friedens etwa in der Art des Viermächteabkommens über den Stillen Ozean garantieren soll. Jederfall darf man mit dem Anschluß Italiens an das französisch-englische Abkommen rechnen.

So begrüßenswert an und für sich ein solches Abkommen für die Ruhe und Sicherheit Europas und damit auch Deutschlands wäre, so ist es auf der andern Seite leicht möglich, daß das Abkommen, falls darin der Status quo für Mittel- und Osteuropa festgelegt wird, für uns das Unangenehme hat, eventuell den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern.

Auf jeden Fall wird sich Frankreich mit Rücksicht auf dieses Abkommen zu Zugeständnissen bereit erklären müssen, nicht nur in der Unterseebootsfrage, sondern auch hinsichtlich der Einschränkung seiner Landarmee. Daß auch in dieser Frage England und Amerika gemeinsam vorgehen, läßt eine Meldung aus Washington vermuten, nach der die amerikanische Mitwirkung von einer Verminderung der Panzerkräfte abhängig gemacht wurde. Die Vereinigten Staaten sollen auch gegen die Streichung der von Frankreich einem andern Lande (England) geschuldeten Summe sein (um zu verhindern, daß Frankreich dieses Geld für seine militärischen Rüstungen verwenden kann).

Infolge dieser Haltung Amerikas wird der Verzweiflungskampf, den Frankreich um die Aufrechterhaltung des Friedensvertrages von Versailles führt, völlig aussichtslos. Der amerikanische Vorkämpfer in London soll im vertraulichen Gespräch sogar erklärt haben, daß nach seiner persönlichen Meinung das amerikanische Großkapital nur dann einer internationalen Kreditaktion zugänglich sei, wenn der Friedensvertrag von Versailles revidiert werde. Die Zurückhaltung des amerikanischen Kapitals gegen jede Kreditaktion spricht durchaus für die Richtigkeit dieser Antwort.

Der Verlauf der Konferenz von Cannes läßt es vermuten, daß die Engländer sehr zufrieden mit den bisher gemachten Fortschritten sind, und daß sie einen vollständigen Erfolg der Konferenz von Cannes erwarten.

## Besserung der Reparationspflicht

Cannes, 8. Januar. Ursprünglich war vorgesehen, daß Deutschland im Jahre 1922 in bar 25 Millionen Pfund Sterling bezahlen sollte. Belgien bestand jedoch auf der Zahlung weiterer 10 Millionen. Jetzt wird geplant, Deutschland 35 Millionen Pfund in bar zahlen zu lassen und 87 Millionen in Waren, demnach zusammen 122 Millionen Pfund Sterling, das heißt also 28 Millionen Pfund weniger, als ursprünglich vorgesehen war. Deutschland soll auch weitere 12 Millionen Pfund für die Kosten der Besatzungsdreizeh Legehähnen, Großbritannien ist bereit, auf 7 Millionen Pfund für sein Besatzungsdreizeh zu verzichten.

Paris, 10. Januar. Der Finanzkommissionar gibt Einzelheiten über die Wiederherstellungsforderung, bis zum 1. Mai 1921 hätte Deutschland 700 Millionen Goldmark zu zahlen, wodurch sich seine im Laufe des Reparationsjahres geleisteten Zahlungen auf 1700 Millionen Goldmark erhöhen würden. Hieron gingen zunächst 500 Millionen Goldmark an England zur Deckung seiner Besatzungskosten bis zum 1. Mai 1921. Von den übrigen 1200 Millionen Goldmark werden 270 Millionen auf Frankreich entfallen, falls die deutsche Kohle zum Inlandmarktpreis, aber nur 172 Millionen Goldmark, falls die Preise nach den Transporten, die auf dem Seeweg geliefert wurden, berechnet werden. Der Rest soll als Priorität an Belgien fallen. Ferner soll die Lieberpriorität erst nach den Besatzungskosten und nach der belgischen Priorität gelehrt werden. Unter Lieberpriorität versteht man die deutschen Vorkriegsschulden und die Summen, die von der deutschen Schuld verzehrt werden. Der erste Teil dieser Lieberpriorität verbleibt 30 Millionen Goldmark, die den alliierten Kaufleuten zugute kommen. Der zweite Teil der Lieberpriorität besteht in den Summen, die zum Dienste der deutschen inneren Schulden angewandt werden. Diese inneren Schulden bestehen aus der Konsolidation, also von 90 Milliarden Papiermark. Die nicht konsolidierte Schuld beträgt 250 Milliarden. Die Zinsen für diese bedeutenden Schuldbeträge werden den deutschen Gläubigern vor den Jahreszahlungen für die Reparationen ausbezahlt. Diese Summe wird dann nach den Kosten für die Besatzungsdreizeh und der belgischen Priorität bezahlt werden. Diese Maßnahme wird vor allen Dingen die deutschen Banken treffen.

## Änderung des Wiesbadener Abkommens

Cannes, 10. Januar. England hat dem Wiesbadener Abkommen unter folgenden Bedingungen zugestimmt: 1. Die Endsumme der unter dieses Abkommen fallenden Leistungen von 7 Milliarden Goldmark wird gestrichen. 2. Das Abkommen erhält seine Gültigkeit von drei Jahren. 3. Im ersten Jahre darf Deutschland an Frankreich Lieferungen von nicht mehr als 1250 Millionen Goldmark machen, im zweiten und dritten Jahre nicht mehr als 1500 Millionen Goldmark. Frankreich nimmt diese Bedingungen an.

## Rußland nimmt die Einladung an

Cannes, 9. Januar. Tschitscherin teilte dem Obersten Rat mit, daß die russische Regierung die Einladung zur Konferenz annehme, die im März einberufen werden solle. Eine außerordentliche Sitzung des Hauptvollzugsausschusses werde die Wahl der russischen Delegierten vornehmen und ihnen angeordnete Vollmachten übertragen.

## Rosenfeld, Dittmann & Ledebour

Da in unserm geliebten Vaterlande infolge eines Irrtums bei der telephonischen Übermittlung der Rede des Genossen Friedrich Adler überhand nicht erwähnt war und seine Ausführungen als Teil der Rede des Genossen Grumbach erschienen, wiederholen wir noch einmal den Text des Berichtes über die Reden der Vertreter der ausländischen Parteien.

Die Reihe der Begrüßungsansprachen eröffnete der Vertreter der unabhängigen Arbeiterpartei Englands, Wales, mit einer temperamentvollen Ansprache, aber auch das Zeug nicht dazu, bei dem Kongress einen revolutionären Anstrich zu verleihen, da die D. P. P. ein einmal in Teil der D. P. ist, die selbst der „reformistischen“ zweiten Internationale angehört.

Im nächsten war das Kennzeichen sämtlicher Reden der scharfe Trennungspunkt nach links. Von besonderer Leidenschaftlichkeit gegen Moskau waren die Ausführungen des russischen Menschewikführers Abramowitsch, der unter einmütiger Zustimmung des Parteitag und den Hungerstreik in Moskau besprach. Hinter den Reden in deutscher Sprache war sowohl rhetorisch wie inhaltlich die beste Leistung des Abends die Rede des französischen Delegierten Grumbach.

Als letzter trat Friedrich Adler auf, gleichzeitig, wie der Vorsitzende Dittmann hervorhob, als Vertreter der deutschösterreichischen Genossen und als Delegierter des Büros der Wiener Internationale.

Er hielt in Wirklichkeit zwei verschiedene Reden: Im ersten Teil sprach der Führer einer Partei, die immerhin zu den besten Köpfen Männer wie Renner, Ellenbogen, Leitner und viele andere zählt, sachlich gemüht, anschlussbegehrter. Pöhllich änderte sich Ton und Tendenz. Jetzt war es der Gründer der Internationale, der sich an die Zuhörer wandte. Ihre geistigste Erhellung künstlich nach hielt, kaum vernarbte Wunden gemalt auf. Seine Verherrlichung des Parteitag vom Dezember 1919, auf dem der Ausschuss der zweiten Internationale beschlossen wurde, wickelte in der jetzigen Situation höchst eigenartig.

Der Vorkrieg, immer vom Vorwand aus, vertrat sich bei den Worten: Widersteht den Rufungen von rechts und links, laßt euch nicht von Tagesstimmungen verführen, behaltet die Besinnung des Links. Und mit diesem Appell, der nicht anders wirken konnte als ein Trennungsgewehr nach rechts, schloß der Führer der Wiener Internationale seine Rede. Der demonstrative Verfall, der ihm besonders von den maßgebenden Führern des Vorstands der U. S. M. gesprochen wurde, ist für den Charakter der Vereinigung kein gutes Zeichen.

Leipzig, 9. Januar. Nachdem gestern abend in vorgedruckter Stunde noch der russische Sozialrevolutionär Abramowitsch, der der Menschewikpartei angehört, das kommunistische Rußland

als ein bolschewistisch-bonapartistisches Land bezeichnet, der Parteitag eine Proletenresolution gegen die Behandlung der in den Hungerstreik eingetretenen Sozialrevolutionäre Rußlands angenommen und Adler, Wien, dessen Ausführungen in unserm geliebten Vaterlande irrtümlicherweise dem Genossen Grumbach in den Mund gelegt waren, versichert hatte, daß die österreichischen Sozialdemokraten sich von Tag zu Tag mehr als einen Teil der deutschen Arbeiterklasse fühlen, wurde heute in der Erörterung der Probleme eingetreten, die dem diesjährigen Parteitag sein Gepräge geben: die Koalitionspolitik, die Einigung des Proletariats und die Steuerfragen. Das Vorspiel zu der mit reichlicher Vorbereitung erfüllten Sitzung gab eine kurze Ansprache durch Rosenfeld gegen die Klassenjustiz, für die er in mehrwöchiger Weise die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie mit verantwortlich zu machen suchte. Er verlangte keine Gnade für die politischen Gefangenen, denn das wäre revolutionärer Klassenkampf unwürdig, sondern fordert Amnestie. Der Parteitag unterbreitete diesen sonnenklaren Unterchied mit lebhafter Zustimmung. Dann nimmt der Parteitag auf Antrag von Rosenfeld, Berlin, eine Resolution an, in der die Anerkennung und sofortige Freilassung aller zu Freiheitskämpfen verurteilten revolutionären Sozialisten gefordert sowie gegen die Ausweisung ausländischer Sozialisten protestiert wird, insbesondere derjenigen, die wegen politischer Verbrechen verhaftet werden.

Nach Rosenfelds Rede eröffnet Dittmann die Reihe der Referate über die politische Lage. Seine Rede unterteilt sich in zwei Teile, entsprechend der jetzigen Stellung der U. S. M. in der deutschen Arbeiterbewegung. Zuerst geht er gegen die äußerste Linke zum Angriff rücksichtslos vor. Nach der U. S. M. muß auch die kommunistische Arbeitsgemeinschaft daran glauben, denn er bezeichnet Lenin als den größten Opponenten der Weltgeschichte. Sodann sind wir in der Reihe. Man macht es sich damit recht bequem. Die Koalition in der Sozialdemokratie ist die Ursache aller Übel. Die Zustände in der Reichswehr, in der Justiz, in der Schule, die Steuer- und Wirtschaftspolitik — alles ist angeblich eine Folge der Koalitionspolitik unserer Partei mit den Bürgerlichen. Wären aber diese auch von uns bekämpften Übel etwas geringer gewesen, wenn wir nach der Methode der U. S. M. die ganze Macht den Bürgerlichen überlassen hätten? Dittmann verfehlt sich merkwürdigerweise an der Behauptung, daß die „neulandische“ Koalition mehr für das Volk erzielt hätte, als die Sozialdemokraten in der Koalition. Im übrigen winnet Dittmanns Rede von politischen Paradoxen und Geschichtsklitterungen. So behauptet er, daß die Spartakusputsche erst eine Folge der Koalitionspolitik gewesen sind und daß die Koalition-

4. Januar. Verschieden der Dezember 1921. Zu den Besuchen und die...  
12. Januar. in der Part...  
Dresden. Technische im Gänge bis 9 1/2 Uhr  
ES  
ten  
K  
halt  
und  
gen  
en  
JA  
urh  
NG  
ER  
N  
resden  
hnhob.  
rankon,  
lebt sich  
zahl. E.  
schlechte  
Krank-  
agnose  
Ueber  
Bitter  
wenn  
Eal-  
schlechte  
de, die  
inspigt  
über  
g. 200  
Die  
Lage,  
und  
womte  
gerate  
tc.